13. Februar 2017, von Michael Schöfer Wer hat das ganze Geld einkassiert?

Ich behaupte ja nicht, dass volkswirtschaftliche Daten unwichtig sind, aber die nahezu alleinige Fixierung aufs Wirtschaftswachstum verstellt gelegentlich den Blick darauf, wie es der Bevölkerung geht. So hat beispielsweise die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose für die Eurozone gerade nach oben korrigiert. "Für das laufende Jahr geht die Kommission von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,6 Prozent aus, für 2018 um 1,8 Prozent. Damit erhöhte sie ihre Vorhersagen für die 19 Staaten umfassende Währungsunion um jeweils 0,1 Prozentpunkte. (...) In Italien soll das Wachstum bei 0,9 Prozent liegen und 2018 auf 1,1 Prozent steigen. Auch Griechenland, das noch immer am Tropf der Geldgeber der Eurozone und des Hilfsprogramms ESM hängt, erholt sich weiter - hier wird ein Wachstum von 2,7 Prozent erwartet." [1] Ist das Zweckoptimismus? Schließlich stehen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland wichtige Wahlen an, da könnten günstige Prognosen vielleicht hilfreich sein.

Bedauerlicherweise deckt sich die Sicht der EU-Kommission nicht unbedingt mit der Lebenswirklichkeit der betroffenen Bevölkerung. In Italien verarmt nämlich gerade der Mittelstand. "Lebten vor Beginn der Krise 2007 noch 1,8 Millionen Italiener unter der Armutsgrenze, waren es 2015 fast 4,6 Millionen, das heisst rund 8 Prozent der Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote ist derweil von 6,7 Prozent (2008) auf 10,9 Prozent (2016) gestiegen. Vor allem Schul- und Universitätsabgänger finden kaum mehr Stellen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent. 2008 war sie noch halb so hoch. (...) Sinkende Löhne, steigende Lebenskosten und der ständig zunehmende Steuerdruck haben vor allem in den Grossstädten zu einer Verarmung des einst gutsituierten Bürgertums geführt. Mit Abstand am schwersten betroffen ist die junge Generation. Obwohl junge Italiener durchschnittlich besser ausgebildet sind, verdienen sie deutlich weniger als einst ihre Eltern." [2] Die italienische Wirtschaft ist nach Angaben von Eurostat 2014 um 0,1 und 2015 um 0,7 Prozent gewachsen. Die Daten für 2016 liegen zwar noch nicht vollständig vor, aber man erwartet ein Wachstum etwa in der gleichen Größenordnung wie im Jahr zuvor. Mäßig, doch im Gegensatz zur Lage der Bevölkerung nicht katastrophal.

Das arg gebeutelte Griechenland soll sich nun endlich wirtschaftlich erholen? Das wäre wünschenswert, ist aber zu bezweifeln - zumindest wenn man das Ganze aus der Perspektive der Bevölkerung betrachtet. Vollzeitbeschäftigte verdienen dort 2014 im Durchschnitt noch 1.327 Euro, 2016 waren es bloß noch 1.182 Euro. Bei Teilzeitbeschäftigten, deren Anteil stark anstieg, waren es 2014 im Durchschnitt 442 Euro, 2016 aber nur noch 397 Euro. Brutto, wohlgemerkt. [3] Die jungen Menschen verdienen, wenn sie überhaupt Arbeit finden, meist nur den Mindestlohn von monatlich 486 Euro. [4] Und "nach Angaben des griechischen Rentnerverbands hat die Hälfte der Ruheständler pro Monat weniger als 665 Euro zur Verfügung." [5] Trotzdem soll das Land jetzt abermals Rentenkürzungen vornehmen.

Natürlich ist Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für die Gesundung. Die Frage ist allerdings, wie man die Wirtschaft ankurbelt. Dass man es durch konsequentes Sparen bei den Ausgaben erreicht, wird den Menschen schon seit langem versprochen. Doch seit 2008 kennt die griechische Wirtschaft nur eine Richtung: abwärts. Nach Angaben des griechischen Statistikamtes ist das Bruttoinlandsprodukt vom 3. Quartal 2007 bis zum 3. Quartal 2016 von 62,9 Mrd. Euro auf 46,4 Mrd. Euro gesunken (in Preisen von 2010). [6] Selbst wenn jetzt tatsächlich, wie von der EU-Kommission prognostiziert, die Wende kommen sollte, scheint die Erholung eher nach dem Motto zu verlaufen: "Operation gelungen, Patient tot." Das griechische Volk wird vermutlich noch längere Zeit darben.

Sich am Bruttoinlandsprodukt zu orientieren, macht zwar Sinn. Doch dabei sollte man nicht den Blick dafür verlieren, wie das erwirtschaftete Geld intern verteilt wird. Deutschland beispielsweise hat im Außenhandel seit 1991 Überschüsse in Höhe von sage und schreibe 3,2 Billionen Euro erwirtschaftet. 3200 Milliarden! [7] Volkswirtschaftlich betrachtet geht es Deutschland wirklich prächtig. Aber jetzt frage ich Sie: Wer hat denn das ganze Geld einkassiert? In den maroden Schulgebäuden steckt es jedenfalls nicht. In der Rentenversicherung offenbar ebenso wenig, sonst würde das Rentenniveau ja steigen anstatt fortwährend zu sinken. Nach Angaben des Armutsforschers Christoph Butterwegge arbeiten hierzulande 24,3 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor (für einen Stundenlohn von 9,30 Euro oder weniger). [8] Die dürften davon auch nichts abbekommen haben. Oder allenfalls Brosamen. Also noch einmal: Wer hat das ganze Geld einkassiert? Dass wir Exportweltmeister sind, geht an vielen spurlos vorüber. Volkswirtschaftliche Daten sagen eben tatsächlich nicht alles.

[1] tagesschau.de vom 13.02.2017

[2] Neue Zürcher Zeitung vom 11.02.2017

[3] wallstreet:online vom 15.01.2017

[4] Focus-Online vom 10.02.2017

[5] Euronews vom 22.12.2016

[6] ELSTAT, Pressemeldung von 29.11.2016

[7] Statistisches Bundesamt, Außenhandel und Pressemitteilung Nr. 045 vom 09.02.2017

[8] Die Zeit-Online vom 10.02.2017